

UMP: Jean-François Copé im Gespräch „Wir werden als Rechte ohne Komplexe auftreten“

29.05.2013 · Nach der Abwahl von Nicolas Sarkozy steckte die UMP in der Krise. Ihr Vorsitzender Jean-François Copé erklärt diese im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für beendet und äußert sich zur Homosexuellenehe sowie zu Präsident Hollande.



© AFP

Der UMP-Vorsitzende Jean-François Copé

Herr Vorsitzender, wie lange wird die Führungskrise in der UMP noch dauern?

Die Krise ist beendet. Die Parteimitglieder werden das letzte Wort haben, aber ich bin mir sicher, dass sie sich für Stabilität entscheiden werden. Ich bemühe mich im Übrigen jeden Tag um Versöhnung und Verständigung.

Heißt das, dass Sie bis Ende 2015 die UMP als Vorsitzender führen werden?

Darauf habe ich mich mit François Fillon verständigt, der sich auf seine Kandidatur bei den Vorwahlen für den Präsidentschaftswahlkampf konzentrieren will. Es ist immer ein Schock, wenn eine Regierungspartei die Macht verliert und sich in der Oppositionsrolle zurechtfinden muss. Das endet selten ohne Streit. Denken Sie an die CDU, nachdem Gerhard Schröder zum Kanzler gewählt worden war, oder an die SPD nach Schröders Wahlniederlage. Bei uns war die Identitätskrise ziemlich heftig. Doch das Kapitel ist jetzt abgeschlossen.

Die Proteste gegen die Homosexuellenehe haben eine neue Bürgerbewegung entstehen lassen, die sich nicht von der UMP vereinnahmen lassen will. Wie gehen Sie damit um?

Die UMP hat von Anfang an klar Stellung bezogen und sich gegen das Gesetz ausgesprochen. Nur eine verschwindend kleine Minderheit in der UMP befürwortet die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und das volle Adoptionsrecht. Ich habe darüber gewacht, dass diese Minderheit mit Respekt behandelt wird. Wir stehen vor der Herausforderung, das Engagement der Bürger für die traditionellen Familienwerte an den Wahlurnen in Stimmen für uns umzuwandeln.

Ähnlich wie seinerzeit François Mitterrand spielt Staatspräsident François Hollande den Front National gegen die UMP aus. Sehen Sie darin eine Gefahr bei den Kommunalwahlen im nächsten März?

Die von den Sozialisten beschlossene Wahlrechtsänderung begünstigt den Front National. Zudem treibt Hollande Marine Le Pen die Wähler geradezu in die Arme, wenn er nichteuropäischen Ausländern das Wahlrecht verspricht. Wir werden uns gegen diese Strategie auflehnen, indem wir als Rechte ohne Komplexe auftreten.

Halten Sie zum Machterhalt Bündnisse mit dem Front National auf kommunaler Ebene für möglich?

Auf gar keinen Fall! Wir haben Allianzen mit dem Front National immer ausgeschlossen, und dabei bleibt es. Der Front National will aus der EU und dem Euro aussteigen, wir wollen die Koordinierung in der Eurozone und die EU vertiefen. Es gibt keine Gemeinsamkeiten. Die Sozialistische Partei ist viel verlogener, weil sie weiterhin Wahlbündnisse mit der extremen Linken Jean-Luc Mélenchons schließt. Mélenchon schürt eine europafeindliche Stimmung, aber für die Sozialisten ist er trotzdem ein Bündnispartner.

Ist Präsident Hollande nach seiner Pressekonferenz und seiner Rede in Leipzig dabei, eine proeuropäische Wende einzuleiten?

Die Rede in Leipzig ist so etwas wie ein Hoffnungsschimmer. Zum ersten Mal hat Hollande eingestanden, dass Frankreich sich tiefgreifende Reformen nicht ersparen kann. Bislang hat er ja nur darauf hingewirkt, die deutsch-französische Beziehung zu beschädigen.

Bedeutet das, dass die UMP bereit wäre, eine konstruktive Oppositionsrolle bei einer Reformagenda zu spielen?

Wenn die Regierung eine klare Agenda für Strukturreformen vorstellt und mit der extremen Linken bricht, ja, dann kann sie sich unserer Unterstützung sicher sein.

Unterstützen Sie den Vorstoß Hollandes über eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone?

Überall in Europa sind populistische Kräfte erstarkt, die gegen die gemeinsame Währung mobilisieren. Die bürgerliche Rechte muss eine Antwort darauf finden. Wir brauchen eine europäische Offensive, die zeigt, dass wir Europa nicht den Skeptikern überlassen wollen. Und diese Offensive kann nur in Richtung einer besseren Koordinierung gehen. Wir müssen in der Energiepolitik verstärkt zusammenarbeiten. In der Eurozone müssen wir noch einen Schritt weiter gehen und unsere Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik harmonisieren. Aber das bedeutet, dass alle Länder ihre Strukturreformen bewältigen, besonders mein Land. Niemand kann Frankreich diese Aufgabe abnehmen.

Anders als die Bundesregierung ist in Paris auf das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten sehr verhalten reagiert worden. Teilen Sie diese protektionistischen Reflexe?

Wir sollten nicht naiv sein, die Amerikaner verteidigen ihre Wirtschaftsinteressen sehr intelligent. Das gilt auch im Verhältnis zu China. Und natürlich hat die französische Exportwirtschaft nicht das Selbstbewusstsein der deutschen, die jährlich große Überschüsse einführt. All das plädiert dafür, dass wir endlich unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Das wird auch die deutsch-französische Beziehung stärken.